

Statistikgesetz

Ergebnis der 1. Lesung des Kantonsrates vom 8. Juni 2010

Der Kantonsrat des Kantons St.Gallen

hat von der Botschaft der Regierung vom 8. Dezember 2009 Kenntnis genommen und erlässt

als Gesetz:

I. Allgemeine Bestimmungen

Begriffe

Art. 1. In diesem Erlass bedeuten:

- a) Statistik: Verdichtung von Einzeldaten zum Zweck, Erkenntnisse über die Eigenschaften und Zusammenhänge von Massenerscheinungen zu gewinnen;
- b) statistische Informationen: Erkenntnisse über die Eigenschaften und Zusammenhänge von Massenerscheinungen, die aus der Verdichtung von Einzeldaten gewonnen wurden;
- c) statistische Daten: Daten, die zu statistischen Zwecken erhoben werden und als Einzeldaten nicht für den Vollzug verwendet werden;
- d) statistische Tätigkeit; jede Tätigkeit, die darauf ausgerichtet ist, statistische Informationen zu erzeugen oder zu verbreiten, sowie die Konzeption und Dokumentation dieser Tätigkeiten;
- e) kantonale Statistik: statistische Tätigkeiten, die in den Geltungsbereich dieses Erlasses fallen;
- f) Erhebung: Erhebung von statistischen Daten für die kantonale Statistik.

Geltungsbereich

Art. 2. Dieser Erlass gilt für die statistische Tätigkeit der Kantonsverwaltung¹ und für Personen oder Organisationen, die im Auftrag der Kantonsverwaltung statistische Tätigkeiten ausführen.

Ausgenommen ist die wissenschaftliche Tätigkeit von Lehr- und Forschungsstätten.

Die Regierung kann durch Verordnung weitere Ausnahmen festlegen.

Kantonale Statistik a) Zweck

Art. 3. Die kantonale Statistik vermittelt Behörden und Öffentlichkeit statistische Informationen über Bevölkerung, Wirtschaft, Gesellschaft, Raum und Umwelt.

¹ Art. 1 Abs. 2 des Staatsverwaltungsgesetzes, sGS 140.1.

Sie unterstützt Vorbereitung, Erfüllung und Überprüfung von kantonalen Aufgaben und deckt allgemeine Informationsbedürfnisse von Gemeinwesen, Gesellschaft, Wissenschaft und Wirtschaft ab.

b) Grundsätze

Art. 4. Die statistische Tätigkeit wird nach wissenschaftlich anerkannten Grundsätzen und Methoden ausgeführt.

Statistische Informationen sind unter Vorbehalt der Gesetzgebung über den Datenschutz² öffentlich.

Statistische Informationen werden mit Angaben über die ihnen zugrunde liegenden Begriffsdefinitionen, die Quellen sowie die Erhebungs- und die Auswertungsmethoden veröffentlicht.

Statistische Daten und Informationen werden so erhoben und aufbewahrt, dass ihre nachhaltige Nutzung sichergestellt ist und die Angaben nach Abs. 3 dieser Bestimmung nachvollziehbar sind.

II. Organisation

Mehrjahresprogramm a) Erstellung

Art. 5. Die Regierung beschliesst für die kantonale Statistik ein Mehrjahresprogramm.

Sie legt die Dauer des Mehrjahresprogramms fest und stimmt dieses auf das Regierungsprogramm ab.

Sie gibt den Gemeinden Gelegenheit zur Stellungnahme, wenn das Mehrjahresprogramm neue Erhebungen vorsieht, die eine Mitwirkung der Gemeinden erfordern.

b) Zweck

Art. 6. Das Mehrjahresprogramm stellt sicher:

- a) einen wirtschaftlichen und wirksamen Einsatz der Mittel;
- b) einen möglichst geringen Aufwand für Auskunftspersonen und Befragte;
- c) die periodische Überprüfung der Bedeutung von statistischen Informationen;
- d) die Vergleichbarkeit von statistischen Informationen über die Zeit hinweg.

c) Inhalt

Art. 7. Das Mehrjahresprogramm gibt Auskunft über:

- a) alle laufenden und geplanten statistischen Tätigkeiten;
- b) den finanziellen und personellen Aufwand;
- c) den für Auskunftspersonen und Befragte zu erwartenden Aufwand;
- d) die vorgesehene Zusammenarbeit mit anderen Trägern der öffentlichen Statistik.

² SR 235.1 und sGS 142.1.

Kantonale Statistikstelle a) Aufgaben innerhalb der Kantonsverwaltung

Art. 8. Die kantonale Statistikstelle ist Fachorgan für die kantonale Statistik.

Sie:

- a) koordiniert die kantonale Statistik und sorgt für deren fachliche Führung;
- b) erbringt Dienstleistungen im Bereich der kantonalen Statistik;
- c) führt statistische Tätigkeiten aus.

Die Regierung regelt die Einzelheiten, insbesondere die Aufgaben und Kompetenzen der kantonalen Statistikstelle durch Verordnung.

b) Dienstleistungen für Stellen ausserhalb der Kantonsverwaltung

Art. 9. Die kantonale Statistikstelle kann für Personen und Organisationen ausserhalb der Kantonsverwaltung bestehende statistische Daten der kantonalen Statistik auswerten.

Sie kann durch Vereinbarung statistische Aufgaben der Gemeinde übernehmen.

Sie verlangt für Dienstleistungen kostendeckende Entschädigungen.

Zusammenarbeit

Art. 10. Der Kanton arbeitet zur Weiterentwicklung der öffentlichen Statistik mit anderen Trägern der öffentlichen Statistik zusammen.

III. Datenerhebung

Grundsätze a) Rechtsgrundlage

Art. 11. Statistische Daten werden erhoben, wenn die Erhebung:

- a) gesetzlich vorgeschrieben ist;
- b) im Mehrjahresprogramm enthalten ist;
- c) von der Regierung im Einzelfall gesondert beschlossen wird.

b) ergänzende Regelungen

Art. 12. Die zuständige Stelle des Kantons regelt nach Anhören der kantonalen Statistikstelle und der betroffenen Dienststellen des Kantons die Einzelheiten der Erhebung.

Sie regelt insbesondere den Datenschutz, soweit dieser nicht durch die Gesetzgebung über den Datenschutz³ geregelt ist, und bezeichnet das für die Einhaltung des Datenschutzes verantwortliche Organ⁴.

Zuständige Stelle des Kantons ist:

- a) die Regierung, wenn Stellen ausserhalb der Kantonsverwaltung auskunftspflichtig sind;
- b) die kantonale Statistikstelle oder die von ihr bezeichnete Dienststelle bei Erhebungen, die der Kanton im Auftrag des Bundes durchführt;
- c) in den übrigen Fällen die Dienststelle, welche die statistischen Informationen benötigt.

³ SR 235.1 und sGS 142.1.

⁴ Art. 3 Abs. 2 des Datenschutzgesetzes, sGS 142.1.

c) Erhebungsart

Art. 13. Statistische Daten werden nach Möglichkeit durch Indirekterhebung aus bestehenden Datensammlungen von Bund, Kanton und Gemeinden erhoben.

Die Direkterhebung ist zulässig, wenn die statistischen Informationen aus den bestehenden Datensammlungen nicht oder nur mit unverhältnismässigem Aufwand gewonnen werden können.

Mitwirkungspflicht a) Dienststellen der Kantons- und der Gemeindeverwaltung

Art. 14. Die Dienststellen der Kantons- und der Gemeindeverwaltung:

- a) stellen für Erhebungen Daten aus ihren Datensammlungen zur Verfügung;
- b) geben der kantonalen Statistikstelle Auskunft über die Struktur ihrer amtlichen Register.

b) Stellen ausserhalb der Kantonsverwaltung

Art. 15. Die Regierung kann Personen und Organisationen des privaten oder des öffentlichen Rechts bei Erhebungen zur Auskunft verpflichten, wenn:

- a) einer Statistik erhebliche Bedeutung zukommt;
- b) Vollständigkeit, Repräsentativität, Vergleichbarkeit oder Aktualität der Statistik es erfordern.

c) Vorbehalte

Art. 16. Vorbehalten bleiben:

- a) die Gesetzgebung über den Datenschutz⁵;
- b) gesetzliche Bestimmungen des kantonalen Rechts über Geheimhaltung, Schweigepflicht und Amtsgeheimnis, wenn sie die Auskunft oder das Zurverfügungstellen von Daten für statistische Zwecke ausdrücklich ausschliessen.

Wahrheitspflicht

Art. 17. Auskünfte für die Erhebung werden wahrheitsgetreu erteilt.

Entschädigung

Art. 18. Die Mitwirkung bei der Erhebung wird nicht entschädigt.

Ist die Mitwirkung mit einem grossen Aufwand verbunden, kann eine Entschädigung ausgerichtet werden.

IV. Veröffentlichung und Verwendung von statistischen Informationen

Veröffentlichung a) Veröffentlichungspflicht

Art. 19. Statistische Informationen werden publiziert oder auf andere Weise zugänglich gemacht.

Vorbehalten bleibt die Gesetzgebung über den Datenschutz⁶.

⁵ SR 235.1 und sGS 142.1.

⁶ SR 235.1 und sGS 142.1.

b) Gebühren

Art. 20. Für den Bezug von gedruckten Publikationen kann eine Gebühr erhoben werden.

Die Gemeinde erhält gedruckte Publikationen kostenlos.

Verwendung

Art. 21. Dritte können publizierte oder auf andere Weise zugänglich gemachte statistische Informationen unter Quellenangabe verwenden. Vorbehalten bleiben Urheberrechte, über die der Kanton nicht verfügen kann.

V. Datenschutz, Datenabgabe und Datensicherheit

Zweckbindung

Art. 22. Statistische Daten werden ausschliesslich zu statistischen Zwecken verwendet.

Die Verwendung zu einem anderen Zweck ist zulässig, wenn sie in einem Bundes- oder einem kantonalen Gesetz ausdrücklich vorgesehen ist oder die betroffene Person schriftlich zustimmt.

Verfügungen, die auf einer zweckwidrigen Verwendung von statistischen Daten beruhen, sind ungültig.

Abgabe von statistischen Daten an Dritte a) Voraussetzungen

Art. 23. Öffentliche Statistik- und Forschungsstellen ausserhalb der Kantonsverwaltung erhalten statistische Daten der kantonalen Statistik, wenn sie sich verpflichten:

- a) die Bestimmungen dieses Erlasses einzuhalten;
- b) die Daten nur mit Zustimmung der kantonalen Statistikstelle weiterzugeben.

Der Bezug von statistischen Personendaten richtet sich zusätzlich nach der Gesetzgebung über den Datenschutz⁷.

b) Gebühren

Art. 24. Für die Abgabe wird eine Bearbeitungsgebühr erhoben.

Erhebungsmaterial sowie Namens- und Adresslisten

Art. 25. Erhebungsmaterial, das Namen oder persönliche Identifikationsnummern der Betroffenen enthält, wird ausschliesslich von der Erhebungsstelle bearbeitet.

Die Erhebungsstelle vernichtet Erhebungsmaterial nach Abs. 1 dieser Bestimmung sowie Namens- und Adresslisten, die zur Durchführung der Erhebung gebraucht wurden, sobald die Unterlagen für die statistische Tätigkeit nicht mehr benötigt werden.

⁷ SR 235.1 und sGS 142.1.

Datenverknüpfungen a) Grundsatz

Art. 26. Die Verknüpfung von statistischen Daten ist zulässig.

Statistische Personendaten werden ausschliesslich von der kantonalen Statistikstelle verknüpft.

Verknüpfte statistische Personendaten werden nicht gespeichert. Ausgenommen sind anonymisierte Personendaten.

b) Versichertennummer

Art. 27. Für statistische Daten der kantonalen Statistik kann zur Ermöglichung von Datenverknüpfungen die Versichertennummer nach dem Bundesgesetz über die Alters- und Hinterlassenenversicherung⁸ als Identifikator verwendet werden.

VI. Schlussbestimmungen

Gebühren

Art. 28. Die Regierung regelt die Gebühren für den Bezug von gedruckten Publikationen und die Abgabe von statistischen Daten.

Strafbestimmungen a) Verletzung der Wahrheits- oder der Mitwirkungspflicht

Art. 29. Wer bei einer Erhebung vorsätzlich falsche Angaben macht oder trotz Mahnung eine Mitwirkungspflicht nicht oder nicht richtig erfüllt, wird mit Busse bis Fr. 5'000.-- bestraft.

b) Missbräuchliche Verwendung von statistischen Daten

Art. 30. Wer statistische Daten, die sie oder er im Auftrag der Kantonsverwaltung bearbeitet oder nach Art. 23 dieses Erlasses erhalten hat, vorsätzlich für andere als statistische Zwecke verwendet oder ohne Zustimmung der kantonalen Statistikstelle weitergibt, wird mit Busse bestraft.

Änderungen bisherigen Rechts a) Datenschutzgesetz

Art. 31. Das Datenschutzgesetz vom 20. Januar 2009⁹ wird wie folgt geändert:

Geltungsbereich a) Grundsatz

Art. 2. Dieser Erlass regelt die Bearbeitung von Personendaten durch öffentliche Organe.

Er wird nicht angewendet:

- a) wenn das öffentliche Organ am wirtschaftlichen Wettbewerb teilnimmt und dabei nicht hoheitlich handelt;
- b) auf Personendaten, die von einer im Dienst- oder Auftragsverhältnis mit dem öffentlichen Organ stehenden natürlichen Person zum ausschliesslich persönlichen Gebrauch bearbeitet werden und anderen Personen weder ausgehändigt werden noch ihnen zugänglich sind;

⁸ Art. 50c und 50e Abs. 3 des Bundesgesetzes über die Alters- und Hinterlassenenversicherung, SR 831.10.

⁹ sGS 142.1.

- c) in hängigen Verfahren der Zivil-, der Straf- und der gerichtlichen Verwaltungsrechtspflege sowie in hängigen Rechtshilfeverfahren;
- d) auf Personendaten, die das zuständige Archiv von Kanton und Gemeinde dauerhaft aufbewahrt.

b) kantonale Statistik

Art. 2a. Es werden im Rahmen der kantonalen Statistik nicht angewendet:

- a) **Art. 4 Abs. 1 dieses Erlasses bei Verwendung von Daten für statistische Zwecke;**
- b) **Art. 4 Abs. 2 dieses Erlasses auf die Indirekterhebung von statistischen Daten nach dem Statistikgesetz.**

Besondere Fälle a) Systematische Beschaffung

Art. 6. Das öffentliche Organ gibt bei einer systematischen Beschaffung von Personendaten durch Fragebogen oder andere Formen von Umfragen bei einer Vielzahl von Personen bekannt:

- a) Zweck und Rechtsgrundlage der Bearbeitung;
- b) an der Beschaffung beteiligte Behörde oder Dienststelle__;
- c) **die Kategorien** der Empfängerinnen und Empfänger der beschafften Personendaten.

b) Jagdgesetz

Art. 32. Das Gesetz über die Jagd, den Schutz der wildlebenden Säugetiere und Vögel sowie deren Lebensräume (Jagdgesetz) vom 17. November 1994¹⁰ wird wie folgt geändert:

c) Statistik

Art. 45. Jagdgesellschaft und Hegegemeinschaft erstellen jährlich eine Jagdstatistik mit Bemerkungen über Jagdgebiet und Jagdbetrieb.

Die zuständige Stelle des Kantons erlässt **nach Anhören der kantonalen Statistikstelle** Richtlinien.

c) Fischereigesetz

Art. 33. Das Gesetz über die Fischerei sowie den Schutz der im Wasser lebenden Tiere und deren Lebensgrundlagen (Fischereigesetz) vom 16. April 2008¹¹ wird wie folgt geändert:

c) Ausweispflicht und Fangstatistik

Art. 30. Wer fischt:

- a) trägt einen Identitätsausweis und den Nachweis der Fischereiberechtigung auf sich;
- b) führt eine persönliche Fangstatistik.

Die zuständige Stelle des Kantons erlässt **nach Anhören der kantonalen Statistikstelle**¹² Weisungen.

Vollzugsbeginn

Art. 34. Die Regierung bestimmt den Vollzugsbeginn dieses Erlasses.

¹⁰ sGS 853.1.

¹¹ sGS 854.1.

¹² Art. 8 des Statistikgesetzes vom ...